

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. Mai 1982

am Donnerstag, dem 27. Mai 1982

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Althammer (CDU/CSU) . . . . .	22, 23	Herberholz (SPD) . . . . .	36, 37
Berger (Lahnstein) (CDU/CSU) . . . . .	108, 109	Hinsken (CDU/CSU) . . . . .	30, 31
Berschkeit (SPD) . . . . .	74, 75	Holsteg (FDP) . . . . .	17
Biehle (CDU/CSU) . . . . .	107	Horstmeier (CDU/CSU) . . . . .	101, 102
Frau Blunck (SPD) . . . . .	20, 21	Frau Hürland (CDU/CSU) . . . . .	90, 91
Borchert (CDU/CSU) . . . . .	15, 16	Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .	10, 58
Broll (CDU/CSU) . . . . .	9, 53	Jäger (Wangen) (CDU/CSU) . . . . .	40
Bühling (SPD) . . . . .	54, 55	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU) . . . . .	71, 119
Catenhusen (SPD) . . . . .	77, 78	Junghans (SPD) . . . . .	88, 89
Conradi (SPD) . . . . .	26, 69	Jungmann (SPD) . . . . .	84, 85
Dr. Czaja (CDU/CSU) . . . . .	11, 12	Keller (CDU/CSU) . . . . .	95, 96
Dallmeyer (CDU/CSU) . . . . .	111, 112	Krey (CDU/CSU) . . . . .	67, 68
Eigen (CDU/CSU) . . . . .	18, 19	Dr. Kübler (SPD) . . . . .	4, 104
Engelsberger (CDU/CSU) . . . . .	45, 46	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU) . . . . .	38, 39
Dr. Friedmann (CDU/CSU) . . . . .	56, 57	Dr. Laufs (CDU/CSU) . . . . .	61
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU) . . . . .	72, 73	Merker (FDP) . . . . .	27, 28
Gansel (SPD) . . . . .	80, 81	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU) . . . . .	47, 48
Ganz (St. Wendel) (CDU/CSU) . . . . .	110	Milz (CDU/CSU) . . . . .	29, 113
Frau Geiger (CDU/CSU) . . . . .	24, 97	Dr. Mitzscherling (SPD) . . . . .	70
Glos (CDU/CSU) . . . . .	62, 63	Dr. Möller (CDU/CSU) . . . . .	117, 118
Günther (CDU/CSU) . . . . .	98, 99	Müller (Wesseling) (CDU/CSU) . . . . .	43, 44
Hansen (fraktionslos) . . . . .	7, 8	Niegel (CDU/CSU) . . . . .	13, 14
Hartmann (CDU/CSU) . . . . .	5, 6	Frau Noth (FDP) . . . . .	32, 33
Dr. Hennig (CDU/CSU) . . . . .	79	Frau Pack (CDU/CSU) . . . . .	3

## Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Peter (Kassel) (SPD) . . . . .	86, 87	Sielaff (SPD) . . . . .	25
Dr. Pohlmeier (CDU/CSU) . . . . .	59, 60	Frau Simonis (SPD) . . . . .	82, 83
Regenspurger (CDU/CSU) . . . . .	51, 52	Dr. Soell (SPD) . . . . .	76
Repnik (CDU/CSU) . . . . .	93, 94	Stiegler (SPD) . . . . .	115, 116
Frau Roitzsch (CDU/CSU) . . . . .	41, 42	Stutzer (CDU/CSU) . . . . .	105, 106
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) . . . . .	92	Tillmann (CDU/CSU) . . . . .	100
Schröder (Hannover) (SPD) . . . . .	65, 66	Dr. Voss (CDU/CSU) . . . . .	49, 50
Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU) . . . . .	103, 114	Weirich (CDU/CSU) . . . . .	64
Dr. Schwenk (Stade) (SPD) . . . . .	1, 2	Wiefel (SPD) . . . . .	34, 35

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter  
**Dr. Schwenk**  
(Stade)  
(SPD)  
Welche Folgerungen kann die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß z. Z. Verlagswerbungsfirmen und Vertriebsgesellschaften über ein Nürnberger Anwaltsbüro völlig unberechtigte Schadenersatzforderungen gegenüber einer großen Zahl von Verbrauchern geltend machen, die aus vor Jahren stornierten Buchclubverträgen hergeleitet werden, und wie kann der Verbraucher vor diesen Rechtsanwälten und Verlagswerbefirmen wirksam geschützt werden?
2. Abgeordneter  
**Dr. Schwenk**  
(Stade)  
(SPD)  
Wird die Bundesregierung diesen von den Verbraucherzentralen Hamburg und Nordrhein-Westfalen aufgedeckten, beunruhigenden Vorgang zum Anlaß nehmen, die Koordination der rechtsberatenden Verbraucherzentralen der Länder und des Verbraucherschutzvereins verstärkt zu fördern, um eine schnelle Aufdeckung solcher Fälle und die Aufklärung der Bevölkerung sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie**

3. Abgeordnete  
**Frau  
Pack**  
(CDU/CSU)  
In welchem Umfang wird die Einführung von START (Datentechnik für Reise und Touristik GmbH) mit Bundesmitteln gefördert?
4. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)  
Wie lange wird die von der Bundesregierung zugesagte Prüfung, ob die Substitutionsprodukte für PCB für den Einsatz in Transformatoren soweit geeignet sind, daß auf PCB künftig verzichtet werden kann, dauern, und sieht sie einen Stufenplan für den allgemeinen Ersatz von PCB in Transformatoren vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

5. Abgeordneter  
**Hartmann**  
(CDU/CSU)  
Ist der Bundesregierung bekannt, ob ehemalige tschechoslowakische Staatsbürger, die die CSSR illegal verlassen und in der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, der Konsularabteilung der tschechoslowakischen Botschaft in Köln pro Person 4000 DM zahlen müssen, wenn sie einen Antrag auf eine Besuchsreise zu ihren nächsten Verwandten in die CSSR stellen?
6. Abgeordneter  
**Hartmann**  
(CDU/CSU)  
Ist der Bundesregierung bekannt, ob diesen deutschen Staatsbürgern nach drei bis vier Besuchen in der CSSR die Einreise wieder verweigert wird und sie von neuem einen Antrag „auf Entlassung aus dem tschechoslowakischen Staatsverband“ stellen müssen?

7. Abgeordneter  
**Hansen**  
(fraktionslos)
- Wann und in welcher Weise wird die Bundesregierung auf den Beschluß des US-Senats, mit der Produktion chemischer Waffen zur Ergänzung des NATO-Arsenals zu beginnen, reagieren?
8. Abgeordneter  
**Hansen**  
(fraktionslos)
- Inwiefern lassen die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers, er wolle Bonn während des NATO-Gipfels im Juni am liebsten „hermetisch abriegeln“, damit eine „solche Veranstaltung ohne Störung“ stattfinden könne, die Gegner des NATO-„Nachrüstungs“-Beschlusses würden die „Verhandlungsbereitschaft zerstören“ und „die Wahrscheinlichkeit eines späteren Krieges noch vermehren“ (München, 22. April 1982) sich mit seiner Aussage in Übereinstimmung bringen, der Bundeskanzler habe „Verständnis für die Sorge vieler Menschen für den Frieden“?
9. Abgeordneter  
**Broll**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister des Auswärtigen, die in dem vom Presseamt des Bundesinnenministeriums verbreiteten Namens-Artikel vertretenen außenpolitischen Ansichten des Bundesinnenministers, denen zufolge Frieden und Abrüstung in Europa am meisten von Atomwaffen — sowjetischen wie amerikanischen — bedroht sei, daß das amerikanische Volk den Präsidenten zur entschlossenen Beendigung des Rüstungswahnsinns dränge, und daß in der Entspannungspolitik die eigentliche Dynamik der Koalition stecke, und hält die Bundesregierung diese Äußerungen eines Regierungsmitglieds für nützlich, was das deutsch-amerikanische Verhältnis betrifft?
10. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung über das Ausmaß der Proteste und Demonstrationen und die Zahl der laufenden Prozesse sowie Verteilungen von ausreisewilligen Deutschen in der Sowjetunion während der Monate Januar bis Mai 1982 erteilen?
11. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Sind bei den Gesprächen oder Verhandlungen, die der polnische, der Militärdiktatur unterstehende Vizepremier Kowalczyk Anfang Mai in Bonn mit dem Bundesaußenminister und dem Bundeswirtschaftsminister (lt. amtlicher Polnischer Nachrichtenagentur vom 11. Mai 1982) über die „Realisierung der früher getroffenen Beschlüsse zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ und eine gemischte Kommission für Umschuldungsfragen (Ostinformation BPA vom 12. Mai 1982) führte, Nummer 7 der gemeinsamen Entschließung der Fraktionen des Deutschen Bundestags vom 18. Dezember 1981 und die Frage der Inhaftierten (Drucksache 9/1220) berücksichtigt worden, und gegebenenfalls in welcher Weise?
12. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Welche Rolle spielt in den Aktivitäten der Koordinatoren für deutsch-amerikanische Beziehungen und in der nach den USA vermittelten Deutschlandkunde die Rechtslage ganz Deutschlands sowie die friedliche Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und des Deutschlandvertrags?

13. Abgeordneter  
Niegel  
(CDU/CSU) Würde die Bundesregierung den durch demokratische Wahlen hervorgegangenen Übergangspräsidenten Magaña und der Befriedung des Landes nicht dadurch besser helfen, wenn sie wieder einen Botschafter nach El Salvador entsenden und Entwicklungshilfe gewähren würde anstatt sich hinter „Verbesserung der Sicherheitslage“ und Verständigung zwischen allen demokratischen Kräften zurückzuziehen?
14. Abgeordneter  
Niegel  
(CDU/CSU) Mit welchen Ländern, mit denen die Bundesregierung diplomatische Beziehungen unterhält, werden die Grundsätze der Antwort vom 13. Mai 1982 auf meine Fragen angewandt, und warum nicht in allen Ländern, in denen dieselben oder ähnliche Vorgänge vorhanden sind oder waren?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

15. Abgeordneter  
Borchert  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die hohe Kapitalintensität in der Landwirtschaft zu einem rapiden Anstieg der Verschuldung und der Zinsbelastung geführt hat?
16. Abgeordneter  
Borchert  
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung angesichts dieser Tatsache ergreifen, um existenzgefährdete Betriebe zu entlasten?
17. Abgeordneter  
Holsteg  
(FDP) Stellt die Bundesregierung – wie von Staatsminister Weiser im „VWD Landwirtschaft und Ernährung“ vom 5. Mai 1982 geäußert – Überlegungen dahin gehend an, „in der Agrarsozialpolitik systemverändernde Neuerungen einzuführen“ sowie „Sozialisierung in der Agrarpolitik“ zu betreiben?
18. Abgeordneter  
Eigen  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Obst- und Gemüsebauern – insbesondere die Erdbeeranbauer – durch die verschärften Bestimmungen beim 390,- DM-Gesetz – Lohnsteuerpauschalierungs-Bescheinigung – in größter Sorge um ihre Existenz sind, da sie befürchten, nicht genügend Saisonarbeitskräfte anwerben zu können?
19. Abgeordneter  
Eigen  
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse haben die doch sicher stattgefundenen Erkundigungen in Konkurrenzländern wie Italien in bezug auf die Lohnkosten für Saisonarbeitskräfte in Landwirtschaft und Gartenbau gehabt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

20. Abgeordnete  
Frau  
Blunck  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Novellierung des Jugendschutzgesetzes so schnell voranzutreiben, daß schon in Kürze die Aufstellung sogenannter Kriegsspielautomaten untersagt werden kann?

21. Abgeordnete  
**Frau  
Blunck**  
(SPD)      Sieht die Bundesregierung die rechtliche Möglichkeit, eventuell durch eine entsprechende Änderung der Gewerbeordnung, auch das Aufstellen anderer Unterhaltungsautomaten zu erschweren und insbesondere die Einrichtung von Spielhallen in Kleinstädten zu verhindern?
22. Abgeordneter  
**Dr. Althammer**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß im Gemeinsamen Ministerialblatt Nr. 2 vom 22. Januar 1982 auf Seite 29 verfügt worden ist, daß mit Wirkung vom 1. Mai 1982 Kinder ab 16 Jahre in einer Ergänzungserklärung zum Antrag auf Kindergeld bestätigen müssen, daß die von ihren Eltern gemachten Angaben vollständig und richtig sind und daß diese Verwaltungsanordnung bereits am 10. Mai 1982 wieder aufgehoben war, nachdem alle zuständigen Verwaltungsbehörden inzwischen entsprechende Formularvordrucke erstellt und an die Betroffenen ausgehändigt hatten?
23. Abgeordneter  
**Dr. Althammer**  
(CDU/CSU)      Was sind die Gründe für eine solche Kontrollerklärung, die von den Kindern gegenüber den Behörden abzugeben war, und deren sofortige Wiederaufhebung?
24. Abgeordnete  
**Frau  
Geiger**  
(CDU/CSU)      Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem von Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 propagierten Ziel, „Leistungen der Frauen in der Familie müssen ebenso hoch bewertet werden wie Frauennarbeit im Beruf und umgekehrt“, näherzukommen, und was ist für diese Legislaturperiode von der Bundesregierung noch geplant?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

25. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD)      Stimmen die Informationen, wonach die Teilnehmer der Demonstration der Friedensbewegungen am 10. Juni 1982 in Bonn gegen die gegenwärtige amerikanische Rüstungspolitik einen doppelt so hohen Preis für ihre Sonderzugfahrkarten zu zahlen haben wie die Teilnehmer der Sympathiedemonstration für den amerikanischen Präsidenten Reagan am 5. Juni 1982 in Bonn?
26. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD)      Treffen Berichte zu, daß die Deutsche Bundesbahn für Sonderzüge zu der am 10. Juni 1982 in Bonn geplanten Demonstration Fahrpreise kalkuliert hat, die dreimal so hoch sind wie die Fahrpreise zu der Demonstration am 10. Oktober 1981, und daß für Sonderzüge zu der am 5. Juni 1982 geplanten Demonstrationen wesentlich niedrigere Fahrpreise gefordert wurden, und wie erklärt die Bundesregierung diese unterschiedlichen Fahrpreiskalkulationen?
27. Abgeordneter  
**Merker**  
(FDP)      Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, die behaupten, daß die Preise für Sonderzüge der Deutschen Bundesbahn für Fahrten zu den angekündigten Demonstrationen am 5. und am 10. Juni um das Dreifache höher liegen als für Fahrten zur Friedensdemonstration im Herbst 1981?

28. Abgeordneter  
Merker  
(FDP) Falls die Erklärung der Deutschen Bundesbahn zutrifft, die Angebotspreise vom Mai 1982 seien im Gegensatz zu den Preisen von 1981 richtig kalkulierte Preise, welche Konsequenzen hatte dies für die Verantwortlichen für die Kalkulation von 1981?
29. Abgeordneter  
Milz  
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt werden in der Regel die ersten Überlegungen zur Fahrplangestaltung in bezug auf den halbjährlichen Fahrplanwechsel bei der Deutschen Bundesbahn angestellt, und bei welchen Dienststellen geschieht dies?
30. Abgeordneter  
Hinsken  
(CDU/CSU) In wieviel Bahnhofsgebäuden der Deutschen Bundesbahn in Städten unter bzw. über 50 000 Einwohner sind Spielsalons geplant bzw. eingerichtet?
31. Abgeordneter  
Hinsken  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung keine andere Möglichkeit, als durch die Errichtung von Spielsalons, wie z. B. in Straubing geplant, das finanzielle Defizit der Deutschen Bundesbahn zu verringern, und wie bewertet sie die Aussage der Bundesbahndirektion Nürnberg „nichts bringt in einem Bahnhof soviel Geld wie ein Spielsalon“?
32. Abgeordnete  
Frau  
Noth  
(FDP) Welche Umstände stehen noch der 1982 beabsichtigten Beseitigung des Wracks der „York“ im Jade-Revier entgegen?
33. Abgeordnete  
Frau  
Noth  
(FDP) Mit welchem Zeitablauf bis zur Hebung des Wracks in verwaltungsmäßiger und organisatorischer Hinsicht ist von heute an zu rechnen?
34. Abgeordneter  
Wiefel  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die am 12. Mai 1982 veröffentlichte Mängelrüge der IFALPA (Internationaler Pilotenverband), in der 5 von 10 deutschen Flughäfen, nämlich die Flughäfen Frankfurt und Bremen als mangelhaft und die Flughäfen Hamburg, Stuttgart und Saarbrücken als sehr mangelhaft eingestuft sind?
35. Abgeordneter  
Wiefel  
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die technischen und flugsicherungsmaßige Einrichtungen der genannten Flughäfen dem internationalen Standard entsprechen, und falls nicht, was gedenkt sie zu tun, um die Situation zu verbessern?
36. Abgeordneter  
Herberholz  
(SPD) Welche sachlichen Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung vom 21. Juli 1980 im Bundesgesetzblatt Teil I S. 564 vom 12. Mai 1982 neu zu erlassen, ohne daß eine inhaltliche Änderung inzwischen eingetreten wäre?
37. Abgeordneter  
Herberholz  
(SPD) Welches Recht hat zwischen dem ersten Erlaß dieser VO am 21. Juli 1980 und dem jetzigen Neuerlaß gegolten, und welche Kosten hat gegebenenfalls der Neuerlaß verursacht?



38. Abgeordneter  
Dr. Kunz  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß ein Vergleich des Anteils von Bayern am ÖPNV-Programm 1982/86 mit dem zwischen 1971 und 1979 auf Bayern entfallenden Durchschnittsförderungssatz zu einem wesentlich ungünstigeren Ergebnis für Bayern führt als der in der Antwort der Bundesregierung in der 95. Sitzung (Anlage 26 des Protokolls) auf meine mündliche Frage angeführte Vergleich mit dem Anteil am ÖPNV-Programm 1981/85 und daß trotz einer Erhöhung der Finanzhilfen des Bundes um insgesamt 34 Millionen DM Bayern von der Erhöhung nicht nur nicht profitieren, sondern sein Anteil sogar noch erheblich gekürzt wird?
39. Abgeordneter  
Dr. Kunz  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung — angesichts der Tatsache, daß die Zahl der freifahrtberechtigten Schwerbehinderten seit dem 1. Oktober 1979 sehr stark angestiegen ist — zu ergreifen, damit die den Nahverkehrsbetrieben bei den derzeit gültigen, großenteils nicht kostendeckenden Erstattungssätzen und der gegenwärtigen Regelung der Fahrgelderstattung entstehenden Fahrgeldausfälle ausreichend abgedeckt werden können?

#### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

40. Abgeordneter  
Jäger  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben den Bundeskanzler bewogen, den Bundestagsabgeordneten Wrede anstelle des bisherigen Amtsinhabers Dr. Kreuzmann zum neuen Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen vorzuschlagen?
41. Abgeordnete  
Frau  
Roitzsch  
(CDU/CSU) Was hat das Kanzler-Sommerfest im Jahre 1981 gekostet, und wie hoch werden die Kosten für das diesjährige Fest veranschlagt?
42. Abgeordnete  
Frau  
Roitzsch  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Finanzlage das diesjährige Kanzler-Sommerfest ausfallen zu lassen und statt dessen für den eingesparten Betrag Ausbildungsmaßnahmen für Schulabgänger und arbeitslose Jugendliche zu fördern?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

43. Abgeordneter  
Müller  
(Wesseling)  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Forschungsergebnisse bekannt, wie sich der „Saure Regen“ in der Umgebung von Kohlekraftwerken auf die Gesundheit der Menschen auswirkt, und wie wird, falls sie der Bundesregierung bekannt ist, die Studie von 200 US-Wissenschaftlern beurteilt, nach der in der Umgebung von Kohlekraftwerken die Lebenserwartung um 15 Jahre sinkt?
44. Abgeordneter  
Müller  
(Wesseling)  
(CDU/CSU) Gibt es auf europäischer Ebene gemeinsame gesetzliche Bestimmungen oder Anstrengungen dazu, dem „Sauren Regen“ durch beispielsweise Rauchgasentschwefelungsanlagen wirkungsvoll entgegenzutreten?

45. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, zwischen Bundesinnenminister Gerhard Baum und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sei es zu Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auflagen für den Bau neuer Kernkraftwerke gekommen, da die Sicherheitsanforderungen des Bundesinnenministers für die Kraftwerksprojekte Biblis C, Isar II und Lingen (Emsland) so streng seien, daß die beabsichtigte Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens im Konvoi nicht abgewickelt werden könne und der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Gerhard Hecker, in einem Schreiben an den Bundesinnenminister erklärt habe, daß „die Kernkraftwerke betreibenden Unternehmen . . . sich außerstande (sehen), auf dieser Grundlage ihrer Investitionsverantwortung gerecht zu werden“?
46. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU) Sind die derzeitigen hohen Sicherheitsauflagen der Bundesregierung für den Neubau von Kernkraftwerken noch gerechtfertigt, nachdem in jüngsten Risikostudien festgestellt worden ist, daß das Sicherheitsrisiko der Kernkraftwerke überschätzt worden sei, und wird der deutschen Energiewirtschaft durch die Forderungen des Bundesinnenministers ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt?
47. Abgeordneter Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Bleizusatzstoffe im Benzin durch Äthanol zu ersetzen?
48. Abgeordneter Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU) Wie ist die Leistungsfähigkeit und die Wirkung auf die Umwelt der beiden Stoffe im Vergleich zu sehen?
49. Abgeordneter Dr. Voss (CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung kommunistische Spione, die in der Bundesrepublik Deutschland enttarnt worden sind, stillschweigend ausreisen läßt, statt sie wie bisher zu unerwünschten Personen zu erklären, und sich damit nicht nur von der bisher üblichen, sondern auch der im Ausland noch immer geübten Praxis abwendet?
50. Abgeordneter Dr. Voss (CDU/CSU) Sieht sich die Bundesregierung zu dieser neuen Verhaltensweise veranlaßt, um gegenüber dem Ostblock weiteres Wohlwollen und Verständnis zu zeigen, und ist ihr bekannt, daß dieses Verhalten gegenüber den Auftraggebern der Spione im westeuropäischen Ausland Kopfschütteln und Unverständnis hervorgerufen hat?
51. Abgeordneter Regenspürger (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister am 15. April 1982 an Angehörige seines Ministeriums einen unter seinem Namen in den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ erschienenen Artikel verteilen ließ, in dem er einseitige parteipolitische Ausführungen zu außenpolitischen Fragen, die nicht in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums fallen, machte, und hält die Bundesregierung dieses Verfahren gegebenenfalls für vereinbar mit den Amtspflichten eines Bundesministers?

52. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit diesem Versuch der parteipolitischen Einflußnahme die Beamten des Bundesinnenministeriums in schwere Loyalitäts- und Gewissenskonflikte gebracht werden, die nach § 52 des Bundesbeamtengesetzes verpflichtet sind, ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und bei ihrer Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen?
53. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es weder mit den Vorschriften des Bundespersonalvertretungsgesetzes noch mit dem in § 52 des Bundesbeamtengesetzes niedergelegten Gebot der parteipolitischen Neutralität der Beamten zu vereinbaren ist, daß mit dem in der Frage des Kollegen Regenspurger zitierten und an Angehörige des Bundesinnenministeriums verteilten Namens-Artikel von Minister Baum Beamte seines Hauses veranlaßt wurden, einseitige parteipolitische Äußerungen des Ministers zu publizieren und an die Angehörigen des Hauses zu verteilen?
54. Abgeordneter **Bühling** (SPD) Kann die Bundesregierung wiederholte Berichte der Presse, daß zahlreiche Asylbewerber (mindestens „mehrere Hundert“) zu Kurzurlauben in ihre Heimatländer fahren und diese Reisen zum Rauschgiftschmuggel benutzen, für das gesamte Geltungsgebiet des Asylgesetzes oder für das Land Berlin bestätigen?
55. Abgeordneter **Bühling** (SPD) In welcher Weise wird gegebenenfalls der gekennzeichnete Mißstand bekämpft?
56. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) Ist das Konzept, insbesondere die Finanzierung, des fälschungssicheren Personalausweises inzwischen gesichert, und in welchen Zeitschritten wird bei der Einführung vorgegangen?
57. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) Muß noch mit Regreßforderungen von Firmen gegenüber der Bundesdruckerei bzw. dem Bundesinnenminister gerechnet werden, die bei der Entwicklung des Konzepts Vorleistungen erbracht haben?
58. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU) Wird die Bundesregierung der Bitte des bayerischen Kultusministers an den Bundesinnenminister entsprechen, „das über die Vertreibung Deutscher in staatlichem Auftrag gesammelte Material insgesamt freizugeben“, und bejahendenfalls wann wird das sein?
59. Abgeordneter **Dr. Pohlmeier** (CDU/CSU) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Programm für die unterstützte Beförderung mittelloser nichtdeutscher Flüchtlinge, die aus eigenem Entschluß weiterwandern oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wollen (REAG-Programm), seit Oktober 1979 gemacht?
60. Abgeordneter **Dr. Pohlmeier** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dieses für die Rückkehr von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern außerordentlich wirksame und mit einem Durchschnittskostensatz von 930 DM pro Person kostengünstige Programm zu intensivieren?

61. Abgeordneter  
Dr. Laufs  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auf ihren Genehmigungsauflagen und -vorbehalten für die geplanten Kernkraftwerk Biblis C, Isar II und Emsland beharren, die nach Auffassung der betroffenen Elektrizitätsgesellschaften wegen ihrer zeitlichen und finanziellen Auswirkungen die Verwirklichung dieser Projekte unmöglich machen, und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung das atomrechtliche Verfahren berechenbarer und überschaubarer machen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

62. Abgeordneter  
Glos  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Gesetzesinitiativen zur Verwirklichung der steuerpolitischen Beschlüsse des SPD-Parteitag – insbesondere zur Einführung einer Arbeitsmarktabgabe und Ergänzungsabgabe, zur Erhöhung des Spitzensatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, zur Anhebung der Vermögensteuer zur Erhöhung der Familienbesteuerung durch Einschränkung des Ehegattensplittings sowie zur zusätzlichen Belastung der freien Berufe mit einer gewerbsteuerähnlichen Abgabe – zu ergreifen?
63. Abgeordneter  
Glos  
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß des SPD-Parteitag, auf weitere Steuerersenkungsprogramme zu verzichten, nachdem eine Koalitionsvereinbarung Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer zum 1. Januar 1984 vorsieht?
64. Abgeordneter  
Weirich  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister beabsichtigt, ab 1983 keine Bundeszuschüsse mehr an die deutsche Journalistenschule in München, an die Akademie für Publizistik in Hamburg und das Deutsche Institut für publizistische Bildungspolitik in Hagen zu zahlen?
65. Abgeordneter  
Schröder  
(Hannover)  
(SPD)
- Welche Gründe rechtfertigen es, daß nach geltendem Steuerrecht Spesen zwar steuerfrei sind, Nahauslösungen (für Montagearbeiter) dagegen – von einem Freibetrag abgesehen – steuerpflichtig sind, obwohl diese regelmäßig unterhalb der Spesensätze liegen?
66. Abgeordneter  
Schröder  
(Hannover)  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die ungleiche steuerliche Behandlung von Spesen und Nahauslösung in naher Zukunft zu beseitigen?
67. Abgeordneter  
Krey  
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, dem Zollkriminalinstitut den Status einer Oberbehörde zu verleihen, und wie will die Bundesregierung der Sorge Rechnung tragen, daß die Institutionalisierung des Zollkriminalinstituts als weitere örtliche Behörde, nämlich als „Zentrales Zollfahndungsamt“, dem Auftrag des Zollkriminalinstituts als zentrales Führungsinstrument des Zollfahndungsdienstes mit bundesweiter Aufgabenstellung und im Hinblick auf seine Bedeutung im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland nicht gerecht würde?

68. Abgeordneter  
**Krey**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Nebeneinander von mehreren weisungsberechtigten Stellen (Zollkriminalinstitut und Oberfinanzdirektion) gegenüber den Zollfahndungsämtern nicht zweckmäßig ist und insbesondere die Bekämpfung des Rauschgift- und Waffenschmuggels sowie die Wirtschaftskriminalität klare Weisungsstränge vom Bundesfinanzminister über das Zollkriminalinstitut an die Zollfahndungsämter verlangt?
69. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Auf Grund welcher steuergesetzlichen Regelungen ist es möglich, Fahrkosten zu der von der CDU geplanten Demonstration am 5. Juni 1982 in Bonn, für die die CDU den Teilnehmern Spendenbescheinigungen für die selbst gezahlten Fahrkosten anbietet, steuerlich abzusetzen, und gibt es diese Möglichkeit auch für andere Demonstrationen?
70. Abgeordneter  
**Dr. Mitzscherling**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten einer engeren internationalen währungsrechtlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel, stabilere Wechselkursentwicklungen zu erreichen?
71. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das jüngst erschienene Gutachten des Bundesverbandes Mittelstands – Unternehmen (BMU) e. V. zur Einfamilienhausbesteuerung bekannt, und beabsichtigt die Bundesregierung, Folgerungen aus dem Ergebnis dieses Gutachtens zu ziehen, nachdem die Einfamilienhausbesteuerung infolge der erheblich angestiegenen Belastungen eines durchschnittlichen Bauherren die Schwelle zur Verfassungswidrigkeit überschritten hat?
72. Abgeordneter  
**Funk**  
(Gutenzell)  
(CDU/CSU) Kann die Investitionszulage auch von Landwirten mit geringem Wirtschaftswert, welche nach § 13 a veranlagt sind, beansprucht werden, und wie erfolgt die finanzielle Abwicklung?
73. Abgeordneter  
**Funk**  
(Gutenzell)  
(CDU/CSU) Welche Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft fallen in den Zuschußbereich des Gesetzes und kann für Gebäudesanierung auch die Investitionszulage beansprucht werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

74. Abgeordneter  
**Berschkeit**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der einzige Ferrochromhersteller in der Bundesrepublik Deutschland, das Elektrowerk Weisweiler, mit ca. 700 Beschäftigten, unter den gegebenen Verhältnissen die Produktion nicht fortführen kann?
75. Abgeordneter  
**Berschkeit**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Ferrochrom aus deutscher Produktion in die Rohstoffbevorratung einzubeziehen, wie dies in den USA, der Schweiz, Schweden und Frankreich praktiziert wird?

76. Abgeordneter  
Dr. Soell  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der multinationale Maschinenbaukonzern International Harvester Corp. (IHC) sein bis vor kurzem mit positiver Gewinnbilanz produzierendes deutsches Tochterunternehmen durch künstliche Kostenverschiebungen zugunsten der Muttergesellschaft in die roten Zahlen gebracht hat und inzwischen plant, einzelne Zweigwerke (z. B. in Heidelberg) mit über 600 Arbeitsplätzen zu schließen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um künftig — eventuell gemeinschaftlich mit anderen EG-Ländern — zu verhindern, daß multinationale Unternehmen sich ohne größere rechtliche Hindernisse auf Kosten bisher hochproduktiver Tochterunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen europäischen Ländern sanieren?
77. Abgeordneter  
Catenhusen  
(SPD) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung nötig, das Energiewirtschaftsgesetz und das Kartellgesetz zu novellieren, damit örtliche Energieversorgungskonzepte zügig verwirklicht werden können?
78. Abgeordneter  
Catenhusen  
(SPD) Welche rechtlichen Schritte kann und will die Bundesregierung unternehmen, damit regionale Energieversorgungskonzepte zügig verwirklicht werden?
79. Abgeordneter  
Dr. Hennig  
(CDU/CSU) Wann hat die Bundesregierung der Lieferung westdeutscher Leopard-Panzer an Libyen zugestimmt, und um wieviel Panzer handelte es sich dabei?
80. Abgeordneter  
Gansel  
(SPD) In welchem Umfang und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung Veranstaltern und Ausstellern der IDEE- und ILA-Messe Genehmigungen nach § 4 a des Kriegswaffenkontrollgesetzes erteilt?
81. Abgeordneter  
Gansel  
(SPD) Wie verträgt sich die Werbung für den Verkauf von Kriegswaffen mit der von der Bundesregierung für restriktiv gehaltenen Kriegswaffenexportpolitik?
82. Abgeordnete  
Frau  
Simonis  
(SPD) In welchem Umfang und aus welchen Gründen sind Dienststellen im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung mit der IDEE-Ausstellung befaßt gewesen?
83. Abgeordnete  
Frau  
Simonis  
(SPD) Hat die Bundesregierung eine Übersicht über gegenwärtige exportspezifische Kapazitäten in der Kriegswaffenproduktion, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um gemäß den neuen Grundsätzen zu verhindern, daß der Kriegswaffenexport zum Aufbau zusätzlicher exportspezifischer Kapazitäten führt?
84. Abgeordneter  
Jungmann  
(SPD) Welche Genehmigung nach § 2 und § 3 Kriegswaffenkontrollgesetz sind Veranstaltern und Ausstellern der IDEE und ILA erteilt worden?
85. Abgeordneter  
Jungmann  
(SPD) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß Kriegswaffen oder Ersatzteile aus der Bundesrepublik Deutschland über andere südamerikanische Staaten an Argentinien gelangen?
86. Abgeordneter  
Peter  
(Kassel)  
(SPD) Ist es zutreffend, daß für ortsfeste Abwehrkanonen Produktionsgenehmigungen für Argentinien erteilt worden sind?

87. Abgeordneter  
**Peter**  
(Kassel)  
(SPD)      Welche rechtliche Bedeutung haben die neuen Grundsätze der Bundesregierung zum Kriegswaffenexport?
88. Abgeordneter  
**Junghans**  
(SPD)      Welche Chancen sieht die Bundesregierung nach der Tagung der OECD in Paris, auf dem Weltwirtschaftsgipfel zu Vereinbarungen zu gelangen, die Weltwirtschaftskrise durch gemeinsame Anstrengungen zu überwinden?
89. Abgeordneter  
**Junghans**  
(SPD)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine international abgestimmte Zinssenkung?
90. Abgeordnete  
**Frau**  
**Hürland**  
(CDU/CSU)      Wie hoch beziffern sich die Mindereinnahmen des Steinkohlebergbaus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1982 durch Mittelkürzung bei Investitionen durch den Bund durch nichtgenehmigte Erhöhung des Koksrohpreises und durch die Einfuhrsteigerung von Steinkohle und Koks?
91. Abgeordnete  
**Frau**  
**Hürland**  
(CDU/CSU)      Wird die sogenannte Kohlevorrangpolitik zufolge der Fakten und einer Absatzminderung im Steinkohlebergbau weiterverfolgt, und mit welchen Mitteln soll die „Wanderung“ des Bergbaus nach Norden durchgeführt werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

92. Abgeordnete  
**Frau**  
**Schmidt**  
(Nürnberg)  
(SPD)      Sind der Bundesregierung die negativen Auswirkungen auf alleinerziehende Mütter und Väter bekannt, die sich aus der Änderung des § 205 Abs. 4 RVO ergeben, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls durchzuführen, um diese Benachteiligungen abzustellen?
93. Abgeordneter  
**Repnik**  
(CDU/CSU)      Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um in Ausnahmefällen Kinder, die eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatz nicht beginnen oder fortsetzen können, auch nach Vollendung des 19. Lebensjahrs einen Familienhilfeanspruch in der gesetzlichen Krankenversicherung einzuräumen, nachdem seit der Neuregelung zum Januar 1982 der Familienhilfeanspruch mit Vollendung des 19. statt bisher 23. Lebensjahrs endet?
94. Abgeordneter  
**Repnik**  
(CDU/CSU)      Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in den Fällen, in denen junge Männer, die ihren Wehrdienst ableisten und ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, danach jedoch wegen nicht von ihnen zu vertretender Gründe keine Ausbildung beginnen können, eine Verlängerung des Familienhilfeanspruchs vorzusehen?
95. Abgeordneter  
**Keller**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesanstalt für Arbeit augenblicklich in der Lage, in ausreichendem Umfang ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, der in erster Linie in der Vermittlung von Arbeitslosen liegt?

96. Abgeordneter Keller (CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Ansatzpunkte für eine Beurteilung dahin gehend, daß die seit einiger Zeit sehr geringe Zahl der gemeldeten offenen Stellen auch darauf zurückzuführen sein kann, daß Arbeitgebern in zurückliegenden Zeiten nach Meldung von offenen Stellen nicht in ausreichendem Umfang Arbeitsuchende mit der gewünschten Qualifikation vermittelt worden sind?
97. Abgeordnete Frau Geiger (CDU/CSU) Inwieweit ist es mit der Aussage des Bundeskanzlers vereinbar, „Leistungen der Frauen in der Familie müssen ebenso hoch bewertet werden wie Frauenarbeit im Beruf und umgekehrt“, daß bei der geplanten Rentenreform die Leistung einer Hausfrau und Mutter, die Kinder erzieht, nicht berücksichtigt wird und das versprochene „Babyjahr“ schon bereits vor seiner Einführung wieder gestrichen wurde?
98. Abgeordneter Günther (CDU/CSU) Sind die Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit in ausreichendem Umfang in der Lage, Außendienst (Betriebsberatung) durchzuführen, und wie schätzt die Bundesregierung die Effektivität des Außendienstes bei Bemühungen um die Vermittlung von Arbeitslosen gegenüber der Vermittlung in den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit ein?
99. Abgeordneter Günther (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß die Vermittler der Arbeitsverwaltung insbesondere durch Besuche bei den Arbeitgebern die Chancen zur Eingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser in das Erwerbsleben verbessern können, indem beispielsweise gleichzeitig gesuchte Fachkräfte vermittelt werden?
100. Abgeordneter Tillmann (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß nicht nur Rollstühle, sondern auch andere, dem Grad der Behinderung angepaßte Hilfsfahrzeuge, z. B. Spezialfahrräder, von der Deutschen Bundesbahn gemäß § 57 des Schwerbehindertengesetzes unentgeltlich befördert werden sollten, und welche Vorstellungen sieht die Bundesregierung, diesen Vorschlag zu realisieren?
101. Abgeordneter Horstmeier (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Bestimmung der Rücklagenbildung nach dem derzeit gültigen § 71 a des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte für angebracht, und wenn nein, welche Vorschläge kann sie unterbreiten, um die Abschmelzung der Rücklagen zu verhindern?
102. Abgeordneter Horstmeier (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Frage besonders im Hinblick darauf, daß die Landwirtschaftliche Krankenversicherung kein Beitragssystem wie bei den anderen RVO-Kassen kennt und deshalb über kein dynamisches Beitragsaufkommen verfügt?
103. Abgeordneter Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das geltende Schwerbehindertengesetz dahin gehend zu ändern, daß bei Klein- und Mittelbetrieben die Bereitschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Auszubildende gestärkt wird, ohne daß im übrigen die gesetzliche Beschäftigungspflicht für schwerbehinderte Auszubildende eine Einschränkung erleidet?



104. Abgeordneter  
Dr. Kübler  
(SPD)      Hält die Bundesregierung die in der Vergangenheit verfehlte wirtschaftliche Entwicklung der Stiftung Rehabilitation für einmalig, oder sieht sie vergleichbare Gefahren auch für andere Rehabilitationseinrichtungen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

105. Abgeordneter  
Stutzer  
(CDU/CSU)      Welche Einsparungen sind im Bereich der Bundeswehrkrankenhäuser vorgesehen, und inwieweit wird hiervon auch das Bundeswehrkrankenhaus in Kronshagen betroffen?
106. Abgeordneter  
Stutzer  
(CDU/CSU)      Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den diesbezüglichen Prüfungsmerkungen des Bundesrechnungshofs, und welche organisatorischen oder personellen Veränderungen sind im Bundeswehrkrankenhaus Kronshagen vorgesehen?
107. Abgeordneter  
Biehle  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß sich unter den Absolventen des laufenden Generalstabslehrgangs für Offiziere der Bundeswehr auch ein jugoslawischer und ein ägyptischer Teilnehmer befinden, die zuvor die Frunse-Akademie der sowjetischen Streitkräfte in Moskau besuchten, und liegen Erkenntnisse vor, wonach diese eine dauerhafte geheime Verpflichtung gegenüber dem sowjetischen Sicherheitsdienst KGB eingehen mußten?
108. Abgeordneter  
Berger  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)      Ist es zutreffend, daß bei den Fahrzeugen der Bundeswehr der sogenannten zweiten Generation viele Schäden auftreten, die offensichtlich zu einem erheblichen Teil auf Fehler bei der Konstruktion bzw. der Produktion zurückzuführen sind, wie z. B. auf mangelhafte Rostschutzgrundierungen, die schon nach einer Gebrauchszeit von weniger als zwei Jahren zu Durchrostungen bei wichtigen Karosserieteilen und der Auspuffanlage führen?
109. Abgeordneter  
Berger  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)      Ist es zutreffend, daß diese Mängel wegen der nicht ausreichenden Bevorratung entsprechender Ersatzteile zu überlangen Stehzeiten bei der Instandsetzung geführt haben und deshalb z. B. in einem Panzerartilleriebataillon der 5. Panzerdivision dessen geländegängige 10 Tonner Lastkraftwagen, die für die Munitionsversorgung unerlässlich sind, über einen längeren Zeitraum hinweg nur zu ca. 50 v. H. oder sogar weniger einsatzbereit gewesen sind?
110. Abgeordneter  
Ganz  
(St. Wendel)  
(CDU/CSU)      Ist es zutreffend, daß der Allgemeinzustand der Fahrzeuge der Bundeswehr der zweiten Generation nach nur wenigen Jahren des Gebrauchs in der Truppe teilweise schlechter ist als jener von entsprechenden Fahrzeugen der ersten Generation, die sich schon seit 15 Jahren und länger in der Truppe befinden?
111. Abgeordneter  
Dallmeyer  
(CDU/CSU)      Warum sind bei den Fahrzeugen der Bundeswehr der zweiten Generation aufgetretene Schäden, soweit sie auf Produktionsmängel zurückzuführen sind, nicht rechtzeitig vom Güteprüfdienst der Bundeswehr erkannt worden, bzw. hat es solche Erkenntnisse mit welcher Konsequenz gegeben?

112. Abgeordneter  
**Dallmeyer**  
(CDU/CSU) Reichen die Mittelzuweisungen des Bundeshaushalts 1982 aus, um die bei den Fahrzeugen der Bundeswehr der zweiten Generation aufgetretenen Schäden unverzüglich zu beseitigen?
113. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Bei welchen Verbänden der Bundeswehr besteht ein Verbot der Durchführung einer Erstverpflichtung, und ist in diesem Zusammenhang ein Ausgleich beabsichtigt, um damit bei allen Truppenverbänden eine personelle Ausgewogenheit zu erreichen?
114. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Wilhelminenhof)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einführung der Planstellen A9mA für Hauptfeldwebel ein Versetzungskarussell in Gang gesetzt hat, das für zahlreiche Betroffene unbillige Härten verursacht, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, eine zeitlich begrenzte Übergangsregelung einzuführen, die diese Härten vermeidet und gleichzeitig die bei Versetzungen üblichen hohen Folgekosten vermindert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

115. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD) Erlaubt die im Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen den Ländern und auch dem Bund eingeräumte Kompetenz, Zinsen für öffentliche Baudarlehen nachträglich zu erhöhen, eine Differenzierung nach Regionen und nach sozialen Kriterien?
116. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD) Sind die Bundesregierung und die Landesregierungen nach diesem Gesetz in der Lage, z. B. arbeitslose Baudarlehensschuldner von der Zinserhöhung für die Zeit der Arbeitslosigkeit auszunehmen bzw. ihnen Stundungen einzuräumen?
117. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Erträge aus der von den Bundesländern verordneten Höherverzinsung der alten Wohnungsbaudarlehen des Bundes den Ländern zusätzlich für Sonderprogramme im sozialen Wohnungsbau zu belassen entsprechend der Forderung des Bundeskanzlers, die Mehreinnahmen aus dem Vermittlungsausschußergebnis auf dem Feld der Wohnungswirtschaft sollten zusätzlich in den Wohnungsbau fließen?
118. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU) Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß die infolge von Rückflüssen aus Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes im Haushaltsjahr 1982 aufkommenden Mehreinnahmen zusätzlich für Finanzhilfen zur Wohnungsbauförderung eingesetzt werden?
119. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß es gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaften für ihre preisgebundenen Sozialwohnungen untersagt ist, für den Fall, daß die preisrechtlich zulässige Kostenmiete die ortsübliche Vergleichsmiete wesentlich übersteigt, die Miete auf die Vergleichsmiete abzusenken, und wenn ja, aus welchen rechtlichen Vorschriften ergibt sich ein solcher Zwang zur Erhebung der preisrechtlich zulässigen Kostenmiete?

Bonn, den 21. Mai 1982



